

Dokumentation „Kinderinteressen vertreten - Wie können Kinderinteressen auf kommunaler und Landesebene gut vertreten werden?“ Online-Veranstaltung am 24.11.2022

Kinder haben ein Mitspracherecht - auch bei politischen Entscheidungen. Zwar ist Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen seit 2018 gesetzlich verankert, doch in der Praxis fehlt es in vielen Kommunen noch an Beteiligungsstrukturen und -möglichkeiten für junge Menschen. Wie also kann es gelingen, die Interessen von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu vertreten und wie kann eine solche Interessenvertretung auf Landesebene aussehen? In einer Online-Veranstaltung des Programms *Demokratie in Kinderhand* der *Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) Sachsen* standen diese Fragen im Mittelpunkt. Für einen Austausch über Möglichkeiten zur guten Vertretung von Kinderinteressen auf kommunaler wie auch auf Landesebene waren die Kinder- und Jugendbeauftragten des Freistaates Sachsen, Susann Rührich und Jörg Hänisch, Bürgermeister von Moritzburg, zu einem Gespräch eingeladen. Verschiedene kommunale Akteur:innen aus Schule, Hort, Verwaltung, Kita oder Sozialarbeit nahmen an der Veranstaltung teil.

Welche Formate gibt es, um Kinderinteressen zu vertreten?

Als thematischen Einstieg gab **Peggy Eckert** (Leitung *DKJS* Sachsen) eine kurze theoretische Einordnung verschiedener Beteiligungsformen. Grundlegend seien hier zwei Formen der Kinderbeteiligung zu unterscheiden, betonte sie. Einerseits gibt es **direkte Interessenvertretungen**, also Formate, in denen Kinder sich selbst vertreten, wie etwa Kinder- oder Jugendparlamente. Andererseits sind **stellvertretende Interessenvertretungen** ein Format, in dem Erwachsene stellvertretend für Kinder diese Funktion übernehmen. Beispiele hierfür sind etwa Kinder- und Jugendbeauftragte oder Kinderbüros. Stellvertretende Interessenvertretungen hätten oft pragmatische Gründe - so sei der Entwicklungsstand der Kinder oder auch ihr rechtlicher Status ein Grund für die Unterstützung der Erwachsenen. Auch Zwischenformen seien möglich. „*Das Ziel ist immer, die Stellung von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft zu stärken*“, betonte Peggy Eckert. Wie diese Stärkung auf kommunaler und auch auf Landesebene vorangebracht werden kann, war Gegenstand des Gesprächs mit den beiden Gästen.

Kinderbeteiligung auf Landesebene: Susann Rührich über ihre Arbeit als Kinder- und Jugendbeauftragte im Freistaat Sachsen

Susann Rührich ist die dritte Kinder- und Jugendbeauftragte in ganz Deutschland und die erste im Freistaat Sachsen. Seit über einem Jahr ist sie nun im Amt. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit fasst sie so zusammen: „*Meine Aufgabe als Kinder- und Jugendbeauftragte der sächsischen Staatsregierung ist die tatsächliche Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte in Sachsen mit zu unterstützen - und zwar ressortübergreifend, also nicht nur in den Bereichen, in denen sowieso an Kinder und Jugendliche gedacht wird, sondern auch in allen anderen Bereichen.*“

Es hätte schon lange die Forderung gegeben, Kinder- und Jugendbeauftragte als Schnittstelle zwischen Landes-, Bundes- und kommunaler Ebene sowie zwischen Trägern, Wissenschaft, Politik und natürlich den Kindern und Jugendlichen selbst zu schaffen. „*Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass*

die sächsische Koalition sich dazu entschlossen hat, eine solche Kinderbeauftragte zu schaffen - mir ist noch keinen Tag langweilig geworden“, betonte Susann Rührich.

Doch wie steht es denn eigentlich um die Beteiligung von jungen Menschen in sächsischen Kommunen? „Es gibt schon viele unterschiedliche Ideen und Ansätze, aber mir ist noch immer nicht ganz klar, wie durchgängig dieser wunderbare bunte Flickenteppich ist, also ob er noch Löcher hat und ob er überall gleich dick ist“, erläuterte die Kinderbeauftragte. Es sei eine wichtige Aufgabe, transparent zu machen, welche Beteiligungsformate es bereits gibt und dann dort zu unterstützen, wo es noch Bedarf gibt. Eine ihrer Aufgaben sei es auch, die richtigen Gesprächspartner:innen an einen Tisch zu bringen, um Beteiligung voranzubringen.

Häufig sei es der Fall, dass die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungen übersehen werde, beziehungsweise nicht gesehen werde, dass Entscheidungen auf kommunaler Ebene auch Auswirkungen auf junge Menschen hätten. „Da gilt es dann immer wieder zu sagen: Achtung, habt ihr mit an die Kinder und Jugendlichen gedacht? Das sehe ich mit als meine Aufgabe“, hob Susann Rührich hervor.

Nachholbedarf bei Beteiligung junger Menschen auf Landesebene

Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene gibt es nach Ansicht von Susann Rührich noch kräftigen Nachholbedarf. Denn auch dort seien wichtige Entscheidungen zu treffen und eine verbindliche Beteiligung junger Menschen gebe es bislang nicht. Das müsse sich ändern, forderte die Kinderbeauftragte. Beispielsweise könnten Beiräte auf Landesebene die Perspektive junger Menschen vertreten. Würde etwa eine Krankenhausreform anstehen, so könnte dieser Beirat hinzugezogen werden und ganz konkret die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen schildern, um so dafür zu sorgen, dass diese bei den Entscheidungen eine Rolle spielen.

Um die Beteiligung nachhaltig zu stärken, will Susann Rührich im nächsten Jahr eine Studie in Auftrag geben, die untersucht, wie Kinder und Jugendliche ihre eigenen Rechte umgesetzt sehen. Aus den Ergebnissen dieser Befragung sollen dann gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen, aber auch mit Multiplikator:innen, Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Die Studie soll den Einstieg in ein Kinderrechte-Monitoring darstellen.

Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen müssen immer mitgedacht werden

In der sächsischen Gemeindeordnung gibt es zwar die Soll-Bestimmung für Kinderbeteiligung - doch diese wird längst nicht immer umgesetzt. In diesem Zusammenhang berichtete Susann Rührich von einer Kollegin aus Brandenburg, die in die Gemeindeordnung kurzerhand eine „Muss-Beteiligung“ geschrieben habe. Das heißt, es müsse begründet werden, wenn bei einer bestimmten Entscheidung darauf verzichtet wurde, Kinder und Jugendliche zu beteiligen.

„Das ist natürlich schon ein ganz anderer Zugang. Natürlich kann es mal der Fall sein, dass eine Entscheidung wirklich nichts mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat - aber ich würde ziemlich viel darauf verwetten, dass die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen bei fast allen Entscheidungen,

vom Haushalt bis zur Planung einer neuen Bushaltestelle, betroffen sind und sie dann auch beteiligt werden müssten“, betonte die sächsische Kinderbeauftragte.

Beteiligung als Herzensangelegenheit: Bürgermeister Jörg Hänisch

Jörg Hänisch hat als Bürgermeister von Moritzburg schon sehr viel Erfahrung mit der Beteiligung von jungen Menschen in seiner Kommune. *„Mir liegt das ganze Thema sehr am Herzen“,* betonte er gleich zu Beginn. Seinem persönlichen Engagement ist es zu verdanken, dass in Moritzburg Wert auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelegt wird. Denn in der Verwaltung arbeiten nur 20 Leute, die für die sechs Ortsteile verantwortlich sind, berichtete Jörg Hänisch, - da würden schlichtweg die Kapazitäten für das Thema Kinderbeteiligung fehlen.

Doch in Moritzburg gibt es drei Grundschulen sowie zahlreiche Kindergärten und Horte und damit viele junge Menschen. *„Meine Herangehensweise war von Anfang an, dass ich dahin gehe, wo die Kinder sind. Ich spreche in Bürgermeistersprechstunden mit den Kindern“,* so Jörg Hänisch.

Diesen Kontakt zu den Kindern in der Kommune zu finden, sei sehr wichtig. *„Da gibt es ganz viele Möglichkeiten und die haben wir ausgeschöpft“,* so der Bürgermeister. Letztes Jahr sei beispielsweise ein Fußballplatz eröffnet worden, den sich die Kinder gewünscht hätten. Vor einigen Jahren seien außerdem knapp 400 Kinder am Ortsentwicklungskonzept beteiligt worden. In verschiedenen Workshops konnten sie ihre Ideen und Wünsche mit einbringen. Dabei würden auch immer mal wieder unrealistische Träume geäußert werden. Dann sei es wichtig klarzumachen und zu erklären, warum diese nicht umgesetzt werden können. *„Meistens verstehen die Kinder das dann auch“,* so Hänisch.

Eltern müssen mit ins Boot geholt werden

Für Kinderbeteiligung würden auch die Eltern eine wichtige Rolle spielen, hob Jörg Hänisch hervor. Aus dem Engagement für einen neuen Spielplatz in Moritzburg ist vor zehn Jahren der Verein „Moritzburger Königskinder“ hervorgegangen, der inzwischen rund 100 Mitglieder:innen zählt und Spenden für den Spielplatz sammelte. Dieser Verein sei ein Sprachrohr der Elternschaft und über die Eltern würden die Themen dann auch bei den Gemeinderäten ankommen.

„Ein direkter Bezug zu den Kindern und auch zu den Eltern ist viel erfolgreicher als jede Beschlussvorlage, die der Bürgermeister und die Verwaltung in ein Gremium einbringt“, betonte Hänisch. Institutionalisierte Sachen hätten aus seiner Erfahrung weniger Erfolg, aber wenn Eltern und Kinder gemeinsam etwas machen wollen, hätten sie Spaß daran und dann habe das Ganze auch Erfolg. Der Versuch, ein Jugendparlament zu etablieren etwa, sei in Moritzburg gescheitert, die jungen Menschen sind eher in ihren Vereinen organisiert, diejenigen die in keinem Verein sind, erreiche man ohnehin schlecht, so der Bürgermeister. *„Deshalb habe ich von einer Strukturlösung Abstand genommen. Stattdessen arbeiten wir jetzt projektbezogen“,* betonte Hänisch.

„Das muss man wollen oder nicht“

Das geschehe auch unabhängig von einer gesetzlichen Vorgabe. *„Ob da **soll** oder **muss** oder **kann** steht - das muss man wollen oder nicht“,* so Hänisch. *„Und wenn man sein Dorf entwickeln will, dann muss man das, weil die Kinder, die heute hier leben (Grundschulen und Kindergärten sind voll) sollen ja auch bleiben. Das muss man mit den Kindern gemeinsam wollen.“*

Teilweise würden in politischen Entscheidungen Kinderinteressen hinter anderen Interessen zurückgestellt, kritisierte der Bürgermeister. Beispielsweise habe es in seiner Gemeinde Denkmalschutz-Einwände gegen den Bau eines Fußgängerüberwegs für Kinder gegeben. *„Da wünsche ich mir von der Politik, dass entschieden wird, wer hat Vorrang, der Denkmalschutz oder das Kind und für mich hat das Kind Vorrang, da brauch ich gar nicht nachzudenken“*, so Jörg Hänisch.

Wie kann Beteiligung gelingen? Tipps der Expert:innen

Was sollten Kommunen beachten, die sich auf den Weg machen und junge Menschen beteiligen wollen - die beiden Expert:innen haben da einige Tipps: Zuerst sollten die Kommunen hören was Kinder und Eltern wollten, betonte Jörg Hänisch. *„Alles was vorgegeben wird, bringt nichts. Wir müssen mit allen Beteiligten gemeinsam arbeiten“*, so der Bürgermeister. Zudem sollten die Vorhaben realistisch bleiben und keine falschen Erwartungen geschürt werden - denn es werde nicht alles gehen, das sollte vor allem den Kindern von Anfang an klar gemacht werden.

„Alle Beteiligten brauchen viel Geduld und starke Nerven, damit sie zwischendrin nicht aufhören, denn es ist ein dickes Brett, was wir da bohren“, ergänzte Hänisch. Doch Kommunen sollten sich immer sagen, *„das ist unsere Zukunft, für die wir das machen. Wenn sich junge Menschen wohlfühlen dann bleiben sie vielleicht im Dorf.“*

Susann Rührich machte sich ebenfalls dafür stark, die ganz konkreten Wünsche der jungen Menschen Ernst zu nehmen. *„Wir sollten nicht von den Instrumenten herdenken. Es sollte nicht gesagt werden: Ich will jetzt einen Jugendstadtrat und suche mal die Kinder und Jugendlichen, die das machen. Sondern andersherum, es sollte geschaut werden, was die Kinder und Jugendlichen wollen und dann kann entsprechend geschaut werden, was für Beteiligungsformate zu ihren Anliegen passen.“*

Außerdem empfahl die sächsische Kinderbeauftragte: *„Machen Sie es nicht allein. Sie müssen nicht das Rad neu erfinden.“* Denn es gebe viele Menschen, die sehr viel Erfahrung in diesem Bereich hätten und bei Beteiligungsvorhaben unterstützen.

Susann Rührich wünschte sich außerdem, dass die Kommunen nicht nur bei den offensichtlichen Kinder- und Jugendthemen, wie etwa dem Bau eines neuen Spielplatzes, sondern auch bei allen anderen Themen, die in der Kommune eine Rolle spielen, die Lebenswelt von jungen Menschen mitbeachten. *„Ich fände es toll, wenn diese Themen auch mit Kindern und Jugendlichen diskutiert werden.“* Denn nur so könne die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wirklich gelingen.